

Die Städte Niederösterreichs im 19. Jahrhundert

Ihre Entwicklung zu zentralen Orten.

Von *Karl Gutkas*

Die Entwicklung der kleinen Städte Niederösterreichs mit Ausnahme von Wien stagnierte in der Neuzeit durch mehrere Jahrhunderte. Zwar fand auch in dieser Zeit eine innere Umgestaltung statt, die sich bei manchen in neuen Bauwerken oder zumindest in einer starken Veränderung des Straßenbildes durch neu gestaltete Fassaden, Pestsäulen oder Kleindenkmäler dokumentierte, umfangmäßig blieben sie aber weitgehend so, wie sie im Mittelalter entstanden und gestaltet worden waren. Es gab in den Jahrhunderten der Neuzeit auch keine weiteren Stadterhebungen mehr.

Im 18. Jahrhundert hatte sich allerdings manches verändert. Im Zuge der Gegenreformation waren in fast allen Städten KLÖSTER errichtet worden, die meist viel Platz beanspruchten und auf Kosten mehrerer Bürgerhäuser gingen. Die kirchlichen Einrichtungen wurden durchwegs im barocken Stil neu erbaut oder zumindest umgestaltet. Die Reformen Kaiser Josephs II. hatten die Sozialstruktur mancher Städte nachhaltig beeinflusst. In fast allen wurden Klöster aufgehoben, in manchen neue Pfarren errichtet, die Verwendung der meist überdimensionierten Klosterbauten wurde des öfteren zum Problem.

In Krems wurde das Dominikanerkloster für alle möglichen Zwecke verwendet, als Wohnhaus, das ab 1808 im Besitz der Stadt befindliche Langhaus der Kirche als Getreidespeicher, dann als Depot der Feuerwehr, der Chor ab 1794 als Theater, 1921 als Stadtkino, nach Einziehung einer Zwischendecke im oberen Bereich seit 1891 als Museum. Das 1796 aufgehobene ehemalige Minoritenkloster in Stein war seit 1850 lange Zeit Tabakmagazin, bis es 1950/51 restauriert wurde. Das 1796 aufgehobene ehemalige Kapuzinerkloster in Und war 1806–1900 Truppenhospital.

Auch in Wiener Neustadt wurde die Kirche des Klosters der Karmelitinnen als Theater genutzt, das Klostergebäude als Erziehungs- und Infanterieregimentes Hoch- und Deutschmeister sowie als Hauptschule. Bei den anderen aufgehobenen Klöstern gab es aber Probleme, zumal die Stadt künftig kein Bischofsitz mehr war¹⁾.

Die Verlegung kam St. Pölten zugute, denn dort konnten die meisten Gebäude der ehemaligen Klöster wieder kirchlich genutzt werden: Das Augustiner Chorherrenstift wurde bischöfliches Palais und Amtsgebäude des Ordinariates, die Kirche zum Dom, das Franziskanerkloster wurde als Priesterseminar und Alum-

¹⁾ Zur Verwendung ehemaliger Klostergebäude siehe Sieglinde Fuchs, Die in NÖ und Joseph II. aufgehobenen Klöster im Hinblick auf ihre Weiterverwendung, Diss. Wien 1967. Detaillierte Auskunft erhält man aus den jeweiligen Ortsgeschichten.

nat verwendet, das ehemalige Karmeliterkloster brauchte man als Sitz einer zweiten Stadtpfarre und übergab es den Franziskanern. Nur der gewaltige Komplex des Karmelitenklosters neben dem Rathaus ergab Probleme, schließlich wandelte man ihn in eine Kaserne um²). In kleineren Orten war der Strukturwandel noch stärker erkennbar, etwa in Dürnstein, wo schon vorher das Problem des 1573 aufgehobenen Klarissenklosters bestand, das nach 1692 teilweise abgetragen wurde. Nun kam das aufgehobene Chorherrenstift dazu. Dort wurde 1841 ein Gasthof eingerichtet.

In Eggenburg wurde das 1783 aufgehobene Franziskanerkloster 1833 von den Redemptoristen übernommen und regotisiert wiederhergestellt, in Hollabrunn das 1783 aufgelassene Kapuzinerkloster teils abgebrochen, teils 1854 als Amtsgebäude adaptiert. In Korneuburg diente das 1808 aufgehobene Augustinerkloster lange Zeit zivilen und militärischen Zwecken, von 1882 bis 1918 war es Kaserne, dann Wohnhaus. Das ehemalige, 1783/84 aufgehobene Kapuzinerkloster wurde 1822 vom Ärar erworben, war Salzmagazin und wurde 1854 zur Finanz-Bezirksdirektion umgebaut. In Stockerau wieder wurde das 1783/84 aufgehobene Franziskanerkloster zuerst als Fabrik, dann als Kaserne verwendet. Ein bewegtes Schicksal hatte das 1783 aufgehobene und 1795 geschlossene Franziskanerkloster im Markt Langenlois, das zuerst Kaserne war, dann seit 1861 als Landesirrenanstalt, ab 1902 als Bezirksarmenhaus Verwendung fand. In Zistersdorf wurde das Franziskanerkloster zum Pfarrhof.

So hatte man nicht nur in der Biedermeierzeit, sondern in vielen Orten noch ein weiteres Jahrhundert zu kämpfen, um diese oft überdimensionierten Bauwerke entsprechend zu verwenden. Diese Probleme konnten meist erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelöst werden, als viele dieser Gebäude nicht nur restauriert, sondern in irgendeiner Weise auch durch kulturelle Nutzung revitalisiert wurden. Es gab in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts natürlich auch Sonderprobleme, etwa in Baden, wo man mit dem zunehmenden Fremdenverkehr fertig zu werden hatten, die durch den großen Brand von 1812 schwer getroffene Stadt wieder aufbauen mußte, aber auch großzügige Badeanstalten errichtete³). Großbrände veränderten in diesen Jahrzehnten direkt auch andere Städte wie Wiener Neustadt oder St. Pölten, indirekt auch dadurch, daß nun die obligat gewordenen Feuerversicherungen die Dacheindeckung auch der Häuser in den Nebenstraßen mit Ziegel erzwingen, denn brennbares Material erhöhte die Versicherungsprämien beträchtlich. Ansonsten war man oft recht sorglos, lagerte Stroh und Heu in ehemaligen Türmen der Stadtbefestigung oder in profanierten Kirchen, war bei Bauten eher nachlässig und provozierte geradezu die Brandkatastrophen. Als Feuerwehren fungierten in der Biedermeierzeit nur

²) Bei der Ausstellung „Österreich zur Zeit Kaiser Josephs II.“ (Melk 1980) wurde die Veränderung der Sozialstruktur St. Pöltens durch die josephinischen Reformen dargestellt (Kat. Nr. 999); Die Geschichte des Karmeliterhofes wird bei Monika PRÜLLER, Das Karmeliterkloster Unsere liebe Frau vom Berge Karmel zu St. Pölten, Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde 14, 1992, geschildert. Siehe auch Karl GÜTKAS, Die weitere Verwendung des Karmelitenklosters, in Hippolytus, N.F.3, 1982.

³) Viktor WALLNER, Die Bauten Joseph Kornhäusels in Baden, Abgedruckt in *Humanes und Urbanes*, Festschrift für den Bürgermeister Viktor Wallner 1982 S. 398ff.; Johanna STUNDNER, Der große Brand von 1812 und die Prägung des Badener Stadtbildes durch die Bauten Joseph Kornhäusels, Dipl. Arbeit Univ. Wien 1986.

unzulänglich ausgerüstete städtische Arbeiter oder die mit Lederkübeln versehenen Mitbewohner.

Auch die VERWALTUNGSFORM war zur Zeit Josephs II. geändert worden. Dies kündigte sich schon in den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts an, als man den Hofkammerrat Anton Graf Gaisruck mit der Visitation der städtischen Verwaltungen beauftragte. Dieser arbeitete überall, wo er hingesandt wurde, Instruktionen aus, die dann durch eine Hofresolution zum Statut erhoben, in Verfassungs- und Verwaltungsfragen verbindlich waren. Das Ziel, eine Angleichung der Situation in den einzelnen landesfürstlichen Städten, hat Gaisruck zum Teil erreicht, denn seine Instruktionen glichen einander beträchtlich und wurden gesetztes Recht⁴⁾. Allerdings gab es weiterhin noch genügend Spielraum für eigenständige Probleme, weil sich die Verwaltung der Städte eben nicht in allen Fragen über den gleichen Leisten schlagen ließ. Auch die Kreisämter griffen bald stärker in die Verwaltung ein, weiters schuf Joseph II. Magistrate, die bis 1850 bestehen blieben und zu gleichartigen Strukturen führten. Durch die Maßnahmen des Kaisers wurden viele Privilegien beseitigt, die von den Städten im Laufe der Jahrhunderte erworben worden waren, bestehen blieben in der Regel nur die Marktrechte.

Notwendige zeitbedingte Veränderungen kündigten sich in Gemeinden meist früher an als sie von übergeordneten Organen wahrgenommen wurden. Dies galt auch, als man auf die Erhaltung der STADTBEFESTIGUNGEN keinen Wert mehr legte, da sie militärisch uninteressant geworden waren und scheinbar eine Belastung darstellten. So riß man befestigte Tore weg oder vereinfachte sie, wenn sie dem Fuhrwerksverkehr im Wege standen. Diese Entwicklung ging in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in mehreren Städten und Märkten in ähnlicher Weise vor sich und wurde nach 1850 verstärkt fortgesetzt, so daß damals viele historische Bauten zerstört wurden. In Eggenburg etwa, dessen alte Stadtmauern ansonsten besonders gut erhalten sind, demolierte man 1820 das Kremser Tor, 1845 das Pulkauer Tor und 1882 das Horner- oder Lederer Tor, schließlich 1893 den Bürgerturm und 1912 den Badturm und schuf neue Ausgänge durch die Mauern. In Horn wurden die drei Tore 1863, 1867 und 1895 zerstört, auch in Krems blieb außer dem Steinertor nicht viel erhalten, das Wachtortor wurde ebenso wie das Wiener Tor 1864 beseitigt. In Stein hingegen blieben beide Tore stehen, das Kremser Tor erhielt sogar um 1800 einen Giebelbau, auch das Brücken- oder Linzertor ließ man ungeschoren. In Korneuburg wurden die vier Stadttore zwischen 1842 und 1877 abgetragen, in Laa die drei Tore 1850–60 demoliert, in Weitra das Untere Tor 1885 beseitigt. In Wiener Neustadt verschwanden 1851 das äußere Neunkirchnertor und die Zeughausbastei, 1862 fielen das Neunkirchnertor und das Neutor, 1863 das Ungartor und 1864 das Wiener Tor dem Abbruch zum Opfer. In Tulln wurden nach 1857 ebenfalls die Tore und Mauern abgerissen, dafür aber Alleen, Promenaden oder Parkanlagen geschaffen. Dazu bediente man sich des Verschönerungsvereins. Solche Vereine entstanden fast überall, erwarben sich vor allem um die Anlage von Grünanlagen Verdienste, stellten sich aber selten gegen die Beseitigung historischer Bauwerke.

⁴⁾ FRANZ BALTZAREK, Beiträge zur Geschichte des 4. Standes in NÖ. Eine vergleichende Stadtgeschichtsuntersuchung mit bes. Auswertung der Gaisruckschen Städteordnungen von 1745/47, Mitteilungen des Österr. Staatsarchives 23 (1970) 64–104.

Die Städte waren fest in der Hand des BÜRGERTUMS, das auch die größte wirtschaftliche Stärke aufwies, intellektuelle Berufe waren selten, ansehensmäßig mit Ausnahme der Geistlichen und vor allem auch sozial, noch unterklassig. Das galt vor allem für die Lehrer; Ärzte gab es wenige und meist nur als handwerksmäßig ausgebildete Wundärzte oder Chirurgen. Die Niederösterreichische Ärzteschicht zeigt, wie bescheiden die medizinische Versorgung in den Städten und damit auch der umliegenden Regionen in diesen Jahrzehnten war⁵⁾.

Das Jahr 1848 brachte nun eine wesentliche Veränderung. Durch die neue Verwaltungsstruktur wurden ZENTRALE ORTE geschaffen, die in erster Linie Sitz von Behörden und Gerichten, bald auch von sozialen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Armenhäusern und Ärzten, von höheren Schulen und über den Ort hinaus zu attraktiven Geschäften wurden. Der praktische Beginn der Veränderungen und das Jahr der neuen politischen Organisation war 1850. Die Kreisämter wurden aufgelöst und ihre Kompetenzen zum Gutteil an die neuen Bezirkshauptmannschaften übertragen. Diese wieder umfaßten mehrere Gerichtsbezirke. Auch k. k. Steuerbezirke wurden in den Orten mit Bezirksgerichten geschaffen und bestanden meist bis 1939. Mit der Schaffung der Bezirksgerichte wurden die magistratischen Gerichte der Städte und die Landgerichte aufgehoben. Das Kreisgericht wurde als zweite Instanz eingerichtet und besorgte die höhere Rechtsprechung, übergeordnet war das Oberlandesgericht in Wien. Bei jedem Bezirksgericht wurde auch ein Grundbuchsamt eingerichtet, dem sämtliche Grundbücher des Bezirkes anvertraut wurden. Da die Grundbücher aber nach Herrschaften aufgebaut waren, ergab es doch ein großes Durcheinander. Von den in Gebrauch stehenden Grundbüchern mußten von den Grundherrschaften jene Bände, die sich auf den Bezirk bezogen, übergeben werden und wurden bis zur Einführung des neuen, auf der Katastralgemeinde aufbauenden Grundbuches fortgeführt. Diese letzten Bände kamen dann in Verwahrung der Grundbuchsämter, während die vorhergehenden Bände bei den Herrschaften verblieben. Die meisten wurden dort weiterhin aufbewahrt, manche jedoch verbrannt oder als Altpapier verkauft, bis man sie schließlich bei den Kreisgerichten deponierte⁶⁾. Die für die neuen Behörden notwendigen Räume wurden meist angemietet, etwa in Retz jene der bisherigen herrschaftlichen Ämter, auch das Gefängnis. Pläne, eigene Amtsgebäude zu errichten, gab es wohl bald, sie kamen aber erst später oder niemals zur Ausführung. Im Jahre 1883 wurden die Vermessungsämter eingeführt, nachdem der Kataster durch Nachvermessungen 1869–83 ergänzt worden war (Reambulierung der Mappen). Aufgabe der Vermessungsämter war die regelmäßige Fortführung des Grundsteuerkatasters. Für das Urkundenwesen wurden Notare bestellt. An die Gerichtsbezirke wurden später auch die Bezirksstrassenausschüsse (1867), die Bezirkskrankenkassen (1889), die Bezirksarmenräte (1894) gebunden. Neben dem Bezirksgericht gab es meist auch einen Advokaten. Im Jahre 1854 wurden die erst kurz zuvor installierten und oft noch gar nicht eingelebten Bezirkshauptmannschaften wieder aufgehoben, an ihre Stelle traten die mit den Bezirksgerichten vereinigten „Gemischten Bezirksämter“. Bei den damaligen Verkehrsverhältnissen hatten sich die Bezirkshauptmannschaften als zu

⁵⁾ Berthold WEINRICH und Erwin PLÖCKINGER, NÖ Ärzteschicht, Geschichte der Medizin und der Mediziner Niederösterreichs, Wien 1990.

⁶⁾ Josef KRAFT, Das Archiv für NÖ, in: Das Bundesland Niederösterreich 1920–1930, Wien 1930, S. 457f.

groß erwiesen, die früheren Herrschaftsämter hatte man leichter erreichen können. Die Bezirksrichter wurden nun meist als Bezirksamtsleiter bestellt. Was sich bereits 1850 ankündigte, dann aber nach Abschaffung der Bezirkshauptmannschaften wieder verwässert wurde, kam nach deren Wiedererrichtung im Jahre 1868 voll zur Geltung: die Sitze dieser Behörden wurden zunehmend zentrale Orte. Man brauchte dort nun mehr Beamte als bisher, zu den Behörden kamen Schulen, Geschäfte, Ärzte und andere freie Berufe. Die Bezirke waren teilweise anders gestaltet als 1850, so kamen etwa die Gerichtsbezirke Retz und Ravelsbach nicht mehr zu Horn, sondern zu Hollabrunn. Nach 1890 vollzogen sich weitere Gebietsänderungen, teilweise durch Eingemeindung nach Wien, teils durch das Bevölkerungswachstum einiger Regionen, manchmal auch aus praktischen Bedürfnissen. So wurden neue Bezirkshauptmannschaften in Tulln, Mödling, Melk oder Gmünd errichtet⁷⁾.

Die 1850 geschaffenen GEMEINDEN waren zwar frei, verloren aber die gerichtlichen Kompetenzen, der Syndikus der kleinen Städte wurde nicht mehr benötigt, an seiner Stelle bestellte man Stadtschreiber oder Sekretäre, die nicht immer die besten Voraussetzungen mitbrachten. Die Besoldung war auch meist recht dürftig, in Retz arbeitete der frühere Rentmeister der Herrschaft Gatterburg als Stadtschreiber von 1850–62 ohne Entgelt. Der Bürgermeister leitete mit zwei Stadträten die Verwaltung des Gemeindevermögens, des Polizeiwesens und die Vollziehung behördlicher Erlässe. In den kleinen Gemeinden war die Situation noch viel bescheidener, dort war im Wohnhaus des Bürgermeisters nicht selten die Lade eines Kastens die Gemeindeganzlei. Als Ortpolizei fungierten die Nachtwächter. 1850 wurden Bürgermeister und Gemeinderäte erstmals gewählt. Einnahmen der Gemeinden waren 10% Zuschläge zu den staatlichen Gebäudesteuern, ab 1858 20%, sowie die Maut- und Jahrmarktgefälle oder die Erträge gemeindeeigener Besitzungen. Bruck an der Leitha hatte 1880 ein Vermögen von 448.900 fl., davon lagen 180.000 fl. in Ungarn. Ausgaben bereiteten die Gehälter der wenigen Angestellten sowie die Kosten der Erhaltung der städtischen Gebäude. In Retz betrug das Gemeindebudget im Jahre 1866 6.200 fl., in Bruck an der Leitha 1880 11.000 fl. Einnahmen bei 8.900 fl. Ausgaben. Daneben gab es Fonds, wie den des Bürgerspitals, die sich selbst erhalten mußten. Später bewilligte man den Gemeinden weitere Einnahmen, etwa 1866 4 Kreuzer pro Gulden als Zinskreuzer für Mieten, ab 1905 die Biersteuer⁸⁾. Hand in Hand damit ging seit 1850 der Aufbau des Sicherheitswesens durch ein Netz von Gendarmerieposten, die meist aus einem Postenführer und drei Gendarmen bestanden und in Orten mit Bezirksgerichten stationiert wurden. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1866 brauchte man auch eine größere Anzahl von KASERNEN sowie Wohnungen für einen Stab von hauptberuflichen Soldaten und Offizieren. Garnison hieß überhaupt ein Zauberwort der Stadtentwicklung der zweiten Jahrhunderthälfte. Die weitgehend von Mitgliedern der Versorgungsgewerbe getragenen Stadtvertretungen sahen darin eine Möglichkeit für das Aufblühen

⁷⁾ Karl GUTKAS, Geschichte der regionalen Verwaltung in Österreich, in: Die Bezirkshauptmannschaft gestern und heute, NÖ Schriften 74, 1994; Beispiel Tulln: Johannes RAMHARTER, Festschrift 100 Jahre Bezirkshauptmannschaft Tulln. Von Obrigkeit zu Bürgerservice, Tulln 1992.

⁸⁾ Eine Geschichte der kommunalen Finanzen im 19. Jahrhundert wäre ein dringender Wunsch der Forschung.

vieler Gewerbebezüge, für Bäcker, Fleischer, Wirte, aber auch Schneider und Schuster. Mit den Offizieren und ihren Familien sollten weitere Bewohner mit höherer Bildung und größerem Konsumbedarf die Stadt bevölkern. Nachdem die Kasernen des stehenden Heeres meist vergeben waren, bemühte man sich nach 1867 um Standorte der Landwehr. In manchen Orten war ein deutlicher Wandel in der Einstellung zum Militär zu spüren. In Tulln etwa war seit 1828 die Pionierschulkompanie mit 120 Kadetten und 8 Offizieren stationiert und im Minoritenkloster untergebracht gewesen. Als diese 1868 nach Hainburg verlegt wurde, bemühte man sich um eine Garnison, um den Verlust an Konsumenten auszugleichen. Dies gelang auch, manche Offiziere und Unteroffiziere heirateten hier und das Offiziers-Militär-Casino wurde zu einem Zentrum des gehobenen bürgerlichen Gesellschaftslebens. Recht unbeliebt, weil mit viel Ärger verbunden, waren hingegen die Einquartierungen durchmarschierender Einheiten. Deshalb baute die Stadt St.Pölten im Jahre 1874 am Rand des aufgeschlossenen Gebietes ein Einquartierungshaus, um den Bürgern künftig diese Last zu ersparen. Diese Stadt war auch bei der Ansiedlung weiterer Kasernen erfolgreich. Nachdem man bereits das 1782 aufgehobene Kloster der Karmelitinnen als Kaserne für das Infanterieregiment 49 verwendet hatte und es ab 1853 auch eine Militärunterrealschule gab, gelang es auch, Teile eines Landwehregimentes dorthin zu verlegen. Allerdings mußte man die benötigten Unterkünfte beistellen und gründete 1890 einen Verein, der ab 1891 drei Kasernen erbaute. Auch ein Truppenspital wurde errichtet. In Stockerau wurden 1866 bzw. 1898 zwei Landwehr-Kavalleriekasernen erbaut, obwohl auch dort bereits eine Garnison des gemeinsamen Heeres bestand. Ähnlich war die Situation auch in Wiener Neustadt, wo neben Artillerie- und Feldjägereinheiten seit 1869 auch ein Landwehrbataillon stationiert wurde, ab 1883 ein Dragonerregiment, wofür man um die Jahrhundertwende mehrere Kasernen erbauen mußte. Bei Bruck wiederum entstand, allerdings bereits in Ungarn, seit 1867 ein großes Manövergelände mit einem entsprechenden Lager. Eine bedeutende Garnison hatten auch Krems, Korneuburg, Klosterneuburg und Hainburg; in Mödling entstand 1904 die Technische Militärakademie⁹⁾. Die neuen Funktionen verschiedenster Art brachten nicht nur eine VERÄNDERUNG DER SOZIALSTRUKTUR, sondern auch eine neue Wertigkeit. Professoren von Gymnasien, Beamte, Richter, Advokaten, Ärzte und Offiziere genossen künftig ein besonders hohes Ansehen, zumal ihnen auch das Bürgerrecht – die „Zuständigkeit“ – in der Gemeinde kraft ihrer Funktion zuerkannt wurde – ein Recht, um das andere Berufsgruppen erst ansuchen und warten mußten, ob man sie aufnehmen wollte. Diese neuen Bevölkerungsgruppen wurden in Vereinen, manchmal zunehmend auch in politischen Gremien führend, verbanden ihr Sozialprestige auch mit dem Bedürfnis, ihren Kindern eine bessere Ausbildung zukommen zu lassen, konnten sich auch größere Wohnungen, meist in Villen, leisten und sich kulturellen Interessen widmen. Dadurch brauchte man in den Orten Musiklehrer, fand ein Maler sein Auskommen oder konnte ein Architekt existieren. Dazu gesellten sich zunehmend die Lehrer der Volks- und Bürgerschulen, die sich nicht selten durch Einheirat in ansässige bürgerliche Familien rasch in die Gesellschaft integrierten und durch ihre vielseitig verwertbaren Kenntnisse als Dirigenten von Chören und Orchestern, als Organisten und Leiter der Kirchenchöre, als Schrift-

⁹⁾ Rainer EGGER, Die Verlegung der k.u.k. Techn. Militärakademie nach Mödling (Jb Lk NÖ NF 59, 1993) 67ff.

führer aller möglichen politischen oder kulturellen Vereine, gern gesehene Mitbürger waren. Da sie besoldungsmäßig wesentlich besser als im Vormärz gestellt waren, hob sich auch ihr Sozialprestige. Oft konnten sich die neuen Bevölkerungsgruppen in Gegensatz zum einheimischen Ortspatriziat durchsetzen, oft störten sie durch politisches Engagement für die Liberalen die Geistlichen, jedenfalls genossen sie durch ihre höhere Bildung und den Bekanntheitsgrad, den sie bei der nachwachsenden Generation hatten, erhöhtes Ansehen. Manchmal bewiesen die Neubürger auch viel mehr Initiativen als die eingesessenen Bürger. Als nach 1850 in St. Pölten die Gründung einer Sparkasse angestrebt wurde, bildeten neben dem Bürgermeister, einem ebenfalls zugewanderten, aber schon des längeren in der Stadt seßhaften Apotheker, der ehemalige Hofrichter des Stiftes Melk als nunmehriger Präsident des Kreisgerichtes, ein weiterer Güterbeamter, der nun Notar und Gemeindegeschäftsführer geworden war und ein aus Südtirol gekommener Advokat die Proponenten¹⁰⁾.

Hingegen verhielten sich besonders die Bürger von Kleinstädten gegen FABRIKSGRÜNDUNGEN ablehnend, weil man anfangs fürchtete, dadurch billige Arbeitskräfte zu verlieren, später aus politischen Überlegungen, um den Zuzug von Anhängern der Sozialdemokraten zu verhindern. Einige Städte setzten allerdings bewußt auf industrielle Entwicklung. Hier wäre in erster Linie Wiener Neustadt zu nennen. Als Bahnknotenpunkt hatte die Stadt im Jahre 1842 eine Lokomotivfabrik erhalten, die sich rasch vergrößerte, besonders als Georg Sigl den Betrieb 1861 als Pächter, 1867 als Eigentümer übernahm. Daneben gab es nicht nur in der Stadt, sondern auch im Umland ständig wachsende Betriebe, sodaß Wiener Neustadt wesentlich mehr Einwohner zählte als jeder andere Ort Niederösterreichs. Mit über 17.000 Bewohnern erhielt die Stadt 1866 ein eigenes Statut und mußte den Verwaltungsapparat wesentlich vergrößern. Doch wurde die Arbeiterschaft die stärkste Bevölkerungsgruppe, die nach Organisation strebte. Die liberale Mehrheit sah dies anfangs nicht ungern, 1868 wurde von der Regierung die Gründung eines Arbeiterbildungsvereines genehmigt, im gleichen Jahr folgte eine Krankenunterstützungskasse. Arbeiter siedelten in der Josefstadt, die von einer 1868 errichteten „Arbeiter-Bau-Assoziation“ geschaffen wurde, und 1870 kam es zur Gründung des politischen Vereines „Gleichheit“ mit einer zweimal monatlich erscheinenden Zeitung gleichen Namens. Bald waren die sozialdemokratischen Organisationen aber auch dem liberalen Bürgertum dieser Stadt nicht mehr geheuer¹¹⁾.

Das politische Leben bestimmten lange die EINGESESSENEN FAMILIEN, die konservativ und in der Regel katholisch waren. Mit den neuen Bevölkerungskreisen kamen des öfteren engagierte Aktivisten in die Kleinstädte, die sich manchmal im überkommenen Sinne konservativ betätigten, nicht selten aber das liberale Element repräsentierten, das sich auch dort zunehmend formierte. Waren die Gemeindevertretungen noch lange Zeit lediglich von den Interessen der Handwerker, Gastwirte, Kaufluote oder Fuhrwerker beherrscht, so traten nunmehr auch diese Kräfte in den Vordergrund, brachten allgemeine politische Ideen in

¹⁰⁾ Zur Sparkassengründung in St. Pölten siehe Karl GUTKAS, 140 Jahre Sparkasse Region St. Pölten, 1994.

¹¹⁾ Für die Situation in Wiener Neustadt sind vor allem die Arbeiten von Karl FLANNER, unter anderem „Aus den Anfängen der Wiener Neustädter Arbeiterbewegung“, Amtsblatt der Stadt Wiener Neustadt, 1973, wichtig, weiters Gertrud BUTTLAR-GERHARTL, Wiener Neustadt, Geschichte, Kunst, Kultur, Wirtschaft, 2. Aufl., Wiener Neustadt 1993, S. 421ff.

die Gemeindestuben und in das gesellschaftliche Leben. Seit etwa 1870 wurden auch die Gemeindevertretungen zunehmend im Sinne der neu auftretenden Parteien verpolitisiert, wenn auch bei den Wahlen der Kandidat und dessen örtliches Ansehen wichtiger waren als seine politische Gesinnung. Es wurde zuerst der Mann und dann die Partei gewählt, wenn er überhaupt einer solchen zuzuzählen war. Das damals herrschende Kurienwahlrecht kam dem entgegen, weil es einen Intelligenzfaktor enthielt, Lehrer, höhere Beamte, Richter, Offiziere waren bei längerem Aufenthalt im betreffenden Ort wahl- und heimatberechtigt. Dies führte dazu, daß sie sehr bald kraft ihrer Ausbildung und ihres Einflusses auch zu Gestaltern der Kommunalpolitik wurden.

In St. Pölten ist dafür die Familie Ofner ein gutes Beispiel. Der als Kaufmannssohn am 16. November 1816 in Nauders geborene Johann Ofner studierte in Innsbruck Jus, war zuerst in Salzburg bei einem Advokaten tätig und bewarb sich 1848 um die Stelle eines Landadvokaten in St. Pölten. Obwohl erst zugezogen, wurde er schon 1850 bei der Neuorganisation der Gemeinde in den Gemeinderat gewählt, wirkte bei der Gründung der Sparkasse mit, erreichte 1861 die Wahl in den nö. Landtag und war von 1870 bis 1882 Bürgermeister der Stadt. Zuerst vom Landtag entsandt, dann ab 1873 als Vertreter des Städtewahlbezirkes gewählt, gehörte er auch bis 1887 dem Reichsrat an. Daß er daneben noch eine Fülle von Funktionen in örtlichen Vereinen ausübte, etwa 1870–74 als Obmann des Vereines der Verfassungsfreunde, ist selbstverständlich, weil er sich dadurch eine Hausmacht schuf. Diese Funktionen stärkten natürlich auch seinen privaten Bekanntheitsgrad, denn seinen Beruf als Rechtsanwalt übte er immer aus. Trotz dieser Verquickung von öffentlichem und privatem Einkommen war sein Vermögen bescheiden, die Aktiva seines Nachlasses betragen 6.037 Gulden, davon bestand der Großteil in Außenständen¹²⁾. Sein einziger Sohn Dr. Hermann Ofner setzte die Tradition fort, war ebenfalls als Anwalt tätig und von 1892 bis 1898 Bürgermeister von St. Pölten. Auch er war ein Ehrenmann und trat zurück, weil man ihn der Kostenüberschreitung beim Neubau des Krankenhauses beschuldigte. Trotzdem war er bis zu seinem Tode im Jahre 1917 in vielen Vereinigungen zum Wohl der Allgemeinheit tätig und stets auf die Vorteile der Stadt bedacht. Derartige Familien, die rasch in den Kreis der Honoratioren aufstiegen, gab es in den meisten Städten, sie prägten vielfach deren Entwicklung in der franzisko-josephinischen Ära.

Wer waren nun die Bürgermeister? Nicht selten waren es aus dem alten Bürgertum stammende Personen, die sich einer oft dornigen und nicht selten auch unbedankten Aufgabe unterzogen. In Tulln war Jakob Schefzik, Rechtspraktikant und Aktuar in der Gemeindeganzlei, dann Grundbuchsführer, durch sechs Perioden bis 1864 Bürgermeister. Als nach seinem Tod die Witwe um eine Pension ersuchte, lehnte dies der Gemeinderat nicht nur ab, sondern verlangte von ihr sogar den Ersatz eines Rechnungsabganges von 342 Gulden aus der Amtszeit ihres Mannes¹³⁾. In Wiener Neustadt wieder dauerte es länger, bis die Liberalen voll zum Zug kamen. Auch dort gab es seit 1868 einen liberalen „Verein zur Wahrung der Volksrechte“, 1871 in „Wiener Neustädter Fortschrittsverein“ umbenannt und seit 1883 „Deutscher Volksverein“ genannt. Im Jahre 1886 errang er die Mehrheit

¹²⁾ Leopold PUCHINGER, Bürgerliche Politik in einer nö. Mittelstadt. Der St. Pöltner Advokat Dr. Johann Ofner als Kommunal-, Landes- und Reichspolitiker, Dipl. Arb. Univ. Wien, 1988.

¹³⁾ Otto BIACK, Geschichte der Stadt Tulln, 2. Aufl., Tulln 1982, S. 263f.

im Gemeinderat und stellte mit dem Advokaten Dr. Carl Haberl den Bürgermeister. Der „Deutsche Volksverein“ deklarierte sich als „Vereinigung der Gesamtheit der fortschrittlichen Männer der Stadt“, doch entstand ihm in dem 1894 gegründeten „Deutschnationalen Verein“ ein gefährlicher Rivale. Dr. Carl Haberl, seit 1887 auch im Landtag und 1894 stellvertretender Landmarschall, unterlag im Jahre 1896 bei der Landtagswahl einem Deutschnationalen und trat auch als Bürgermeister zurück. Ihm folgte der bisherige liberale Stadtrat Franz Kammann als Kandidat der Deutschnationalen und blieb bis 1913 im Amt. Zu seiner Zeit erfolgt eine tiefgreifende Modernisierung der Stadt, doch wurde ihm dies politisch nicht gelohnt. Als Kandidat der Deutschnationalen Partei war er bei den Reichsratswahlen dem Sozialdemokraten Engelbert Pernerstorfer unterlegen, deshalb trat er vor den Kommunalwahlen des Jahres 1913 als Bürgermeister zurück. Aus seiner Sicht gesehen war dies klug, denn die Deutschnationalen verloren zwölf Mandate, zweitstärkste Fraktion wurden die Sozialdemokraten¹⁴). Auch in anderen Städten wurden seit etwa 1880 die Altliberalen von den meist radikaleren Deutschnationalen, die nicht selten über Turnvereine oder Männergesangsvereine die Basis für ihre politische Tätigkeit gefunden hatten, zurückgedrängt oder ausgeschaltet.

Seit der Wende zum 20. Jahrhundert war das Klima in den Gemeindestuben rau geworden, die vornehmen Zeiten der liberalen Bürger waren vorbei, die neuen Parteien, Christlichsoziale wie Sozialdemokraten, hatten meist demagogisch veranlagte Personen als Vorkämpfer. Aber auch die Wandlungen innerhalb des liberalen Lagers, wo durchwegs deutschnationale Vertreter in die Gemeindeausschüsse gewählt wurden, trugen zur Radikalisierung der Situation bei.

Die Politik der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war einerseits durch anti-kirchliche Strömungen des LIBERALISMUS und der ARBEITERBEWEGUNG, andererseits durch Erleichterungen für nichtkatholische Glaubensgemeinschaften geprägt. Die KATHOLISCHE KIRCHE nahm dies nicht kampflos hin und setzte sich mit politischen Gegenaktionen zur Wehr, hatte aber anfangs zu wenig Kraft zur Verwirklichung stärkerer Aktivitäten. Sie stemmte sich gegen den „Fortschritt“, bekämpfte das durch das Reichsvolksschulgesetz von 1869 installierte SCHULWESEN und neu gegründete Vereine, in einigen Orten sogar die Feuerwehr. In manchen Städten wurden die neuen Gebäude für Volks- und Bürgerschulen symbolische Denkmäler des liberalen Geistes. Polemische Artikel für und wider die „Neuschule“ füllten jahrelang die Spalten der lokalen Blätter. Seit etwa 1885 antwortete die Kirche schließlich zunehmend mit eigener politischer Aktivität, durch Gründung engagierter Vereine, durch lokale Zeitungen, durch Verbindung mit ähnlich orientierten politischen Richtungen, wie den Christlichsozialen, die in vielen Orten durch junge Geistliche organisatorisch gestützt wurden.

Katholische Kirchen wurden in diesen Jahrzehnten hingegen relativ wenige gebaut, die Volksbildung begann man aber zu entdecken und gründete Preßvereine. Es läßt sich jedoch nicht übersehen, daß in diesen Jahrzehnten wohl auch als Folge der kirchlichen politischen Aktivitäten, eine Distanzierung beträchtlicher städtischer Bevölkerungsgruppen von der katholischen Kirche erfolgte.

Wenn man die Bedeutung der Kirche in dieser Zeit beleuchtet, darf man aber die sozialen Bemühungen, besonders die aufopfernde Tätigkeit der Schwesternorden,

¹⁴) Gertrud BUTTLAR-GERHARTL (wie Anm. 11) S. 436ff.

nicht übergehen. Sie waren praktisch die alleinigen Pflegekräfte in den neu entstehenden Krankenhäusern. Aber auch manch andere Aktivitäten gab es. In St. Pölten wurde 1865 das schon 1838/46 gegründete Taubstummeninstitut 1865 in neuen Räumen untergebracht und ermöglichte vielen Behinderten den Eintritt ins Berufsleben. Erhalten wurde es durch Spenden und Legate¹⁵). In Retz kaufte 1873 der Orden der ehrwürdigen Schwestern vom armen Kinde Jesu den Turmhof und ein weiteres Haus in der Altstadt, gründete dort eine Niederlassung und errichtete eine Mädchenschule mit Erziehungsanstalt. 1895/96 baute man auch eine neue Schule, errichtete einen Kindergarten und 1902 eine Bürgerschule für Anstaltzöglinge, deren es 140 gab. In Hollabrunn wurde das 1881 dorthin verlegte Erzbischöfliche Knabenseminar die Hauptstütze des in seinem Bestand bedrohten Gymnasiums und Träger des kulturellen Lebens, in Melk war die Position des Stiftsgymnasiums ähnlich¹⁶).

In diesen Jahrzehnten breiteten sich auch andere Konfessionen im Zeichen der Toleranz in den kleinen Städten aus. Im Jahre 1860 hatten die Bemühungen der EVANGELISCHEN CHRISTEN in Wiener Neustadt Erfolg, sie konnten eine Gemeinde mit Pfarrer und Lehrer gründen und auch ein Bethaus errichten. Seit dem Jahre 1910 wurde nach Plänen von Siegfried Theiß und Hans Jaksch eine neue Kirche mit einem 50 m hohen mächtigen Glockenturm erbaut und am 17. September 1911 der Bestimmung übergeben. Auch in St. Pölten kam es im Jahre 1900 zur Gründung einer evangelischen Pfarre und 1892 zur Weihe einer neuen Kirche. In Zwettl wieder baute Georg Ritter von Schönerer im Zeichen seiner „Los-von-Rom-Bewegung“ im Jahre 1904 eine evangelische Kirche, obwohl es dort zu wenige Protestanten gab, um eine Pfarre errichten zu können. Damals gehörte das Waldviertel nämlich noch zur evangelischen Pfarre St. Pölten, erst 1905 wurde eine in Krems gegründet. Die Zahl der Protestanten stieg nämlich auch durch die 1897 einsetzende „Los-von-Rom“-Kampagne Georg von Schönerers nicht wesentlich an. Die zahlreicher gewordenen JUDEN erhielten durch die kaiserliche Verordnung von 1860 politische und bürgerliche Gleichstellung und gründeten bald einige Kultusgemeinden, bauten Synagogen und legten Friedhöfe an. 1871 wurde eine Kultusgemeinde in Wiener Neustadt gegründet, 1889 entstand dort ein Friedhof, es gab aber nur ein bescheidenes Bethaus, bis man 1902 eine große Synagoge nach den Entwürfen des Wiener Architekten Wilhelm Stiaßny erbaute. In Krems war 1860 eine Kultusgemeinde gegründet worden, für die 162 Juden der Stadt wurde 1894 ein Tempel errichtet. Die 1875 geschaffene Kultusgemeinde St. Pölten hatte 1880 ca. 300 Mitglieder und erbaute sich 1912/13 an der Stelle eines bescheidenen Bethauses eine repräsentative Synagoge. Auch in Tulln entstand 1892 eine Kultusgemeinde, diese baute auch 1914 einen Tempel in Klosterneuburg. Die älteste Judengemeinde bestand aber in Baden, wo es schon um 1840 ein Bethaus gab. Im Jahre 1878 wurde dort auch eine Synagoge gebaut, 1900 wurden 532 Juden in Baden gezählt¹⁷).

¹⁵) Josef WODKA, Kirche in Österreich, 1959, S. 338ff.; Carl FOHRINGER, Das soziale Wirken der kath. Kirche (1900) gibt immer noch wichtige Hinweise.

¹⁶) Kath. Kirche: Anton KERSCHBAUMER, Geschichte des Bistums St. Pölten Bd. 2, Wien 1876, und Friedrich SCHRAGL, Geschichte der Diözese St. Pölten, St. Pölten 1985.

¹⁷) Hugo GOLD, Geschichte der Juden in Österreich (1971) schildert die Entwicklung der einzelnen Kultusgemeinden. Die Geschichte der Israelitischen Kultusgemeinde und der Synagoge St. Pölten im Katalog: „Kult und Kultur des österreichischen Judentums“, St. Pölten, 1984.

Die kulturellen Interessen hatten sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts weitgehend auf das THEATER konzentriert, wobei die wenigen bestehenden Bühnen, manchmal auch Säle, ausschließlich von Unternehmern bespielt wurden, die mit ihrer Truppe von Ort zu Ort zogen, manchmal eine ganze Saison blieben, dann wieder weiterzogen. Die Vorstellungen wurden vorwiegend von Mitgliedern der regionalen und lokalen Oberschichten wie Güterbeamten oder in den Städten lebenden Adligen besucht. Im Vormärz gab es Theatergebäude in Baden, Wiener Neustadt, Mödling, St. Pölten und Krems, auch einige Schlösser besaßen Theatersäle. In Wiener Neustadt und Krems wurden ehemalige Kirchen für das Theater verwendet, Baden und St. Pölten erhielten Neubauten, die allerdings gegen Ende des Jahrhunderts, als die Sicherheitsbestimmungen nach dem Ringtheaterbrand vom 8. Dezember 1881 drastisch verschärft wurden, nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen entsprachen. In St. Pölten wurde das in der Altstadt inmitten einer Häuserzeile am Rathausplatz stehende Theater so umgebaut, daß es weiterhin verwendet werden durfte, in Baden ein neues errichtet. Dort entstand auch 1906 neben dem Kurpark die Sommerarena, doch galten in dieser vom Fremdenverkehr geprägten Stadt im kulturellen Bereich andere Normen als in den übrigen Städten¹⁸). Seit der Jahrhundertwende fand auch das Kino in die Städte Eingang, nicht immer zur Freude des etablierten Bürgertums, da die Betreiber von der Schaustellerei herkamen und die Vorstellungen nicht nur von einfachen Leuten besucht wurden. Nachdem die Vorstellungen anfangs in Zelten stattgefunden hatten, entstanden um 1910 auch in einigen kleineren Orten Filmtheater, von denen einige noch stehen, aber längst für andere Zwecke verwendet werden¹⁹).

Seit den dreißiger Jahren kamen auch Eigeninitiativen der Bürgerschaft zur Geltung. Diese äußerten sich meist in der Gründung von VEREINEN, die vor 1867 ziemlich kompliziert, dann aber leicht durchzuführen war. An der Spitze standen die meist auf den alten Traditionen der Schützengilden aufbauenden Schützenvereine. Diese besaßen nicht selten ein beträchtliches Vermögen, das man verwerthen wollte. In Retz kaufte 1884 die Stadt die Schießstätte und das dazugehörige Gasthaus, in St. Pölten ging das Areal der Schützengesellschaft 1907 in den Besitz der Gemeinde über, die Räumlichkeiten dienen bis zur Gegenwart als Stadtsäle. In Scheibbs errichtete die Schützengilde 1886 eine Festhalle, die für alle Veranstaltungen zur Verfügung stand²⁰). Zu den ältesten kulturellen Vereinen zählen die Männergesangsvereine, die vor der Jahrhundertmitte in wenigen Orten bestanden, seit etwa 1870 aber in fast allen Städten und Märkten zu finden waren. Wie überall waren auch hier gesellschaftliche Momente maßgebend, aber

¹⁸) Über die Geschichte der Theater in Niederösterreich gibt es eine Reihe neuerer Arbeiten: Alois HAIDER, Die Geschichte des St. Pöltner Stadttheaters 1820 bis 1975, Diss. Wien 1978; dazu Karl HEITZLER, Das Stadttheater, in: Beiträge zur lokalen Kulturpflege in St. Pölten (1910); Reinhold SCHARATH, Die Geschichte des Badener Stadttheaters im 19. Jahrhundert, 3 Bde., Diss. Wien 1983; Hermine GRAFE, Theater in Mödling, Diss. Wien 1988; Andrea ARTNER, Theatergeschichte von Wiener Neustadt 1834–50, Diss. Wien 1884; Manfred LECHNER, Das Wiener Neustädter Theater 1860–1918, Diss. Wien 1991; Hans PEMMER, Das Kremser Theater, in: Eduard Stepan (Hg.), Das Waldviertel, Bd. 7, 1937.

¹⁹) Karl GUTKAS, Die Anfänge des Kinos in St. Pölten, in: Mitteilungsblatt des Kulturamtes St. Pölten, 13. Jg. (1964), Folge 4; In Eggenburg wurde 1917 ein Filmtheater von Clemens Holzmeister erbaut, es ist ein Jugendwerk dieses Architekten.

²⁰) Katalog: Schützen und Trachten in Niederösterreich, Pottenbrunn 1986.

auch die Unterhaltung spielte eine bedeutende Rolle. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurden diese des öfteren durch Frauenchöre oder Orchester erweitert, vor allem dann, wenn die Vereine auch Laientheater in ihr Programm aufnahmen. Die Aktivität solcher Vereine war natürlich von der Initiative der führenden Persönlichkeiten abhängig, nicht selten verbanden diese auch wirtschaftliche Interessen damit, waren etwa Klavierlehrer, Maler oder Fotografen²¹). Diese Gesangsvereine waren nicht nur mit anderen in der Nachbarschaft befreundet, sondern hatten oft weitreichende Kontakte, fuhren zu Sängerfesten nach Wien und Graz, manche sogar nach Stuttgart.

Die kulturellen Initiativen waren aber auch vom Vorhandensein einer regionalen Informationsmöglichkeit abhängig, deshalb war die Gründung einer lokalen ZEITUNG, meist eines Wochenblattes, für eine Region ein weit verbreitetes Anliegen. Solche Blätter entstanden anfangs meist aus den Interessen eines Druckereibesitzers, der damit Leerläufe seines Betriebes ausgleichen wollte, dann aber bald auch von politischen Gruppen, die sich solche lokale Blätter dienstbar machen oder neue gründeten und hier ihre Kämpfe mit den Rivalen austrugen. In fast allen größeren Orten gab es am Ende des 19. Jahrhunderts mindestens zwei rivalisierende Wochenzeitungen²²).

Die Entwicklung in einigen Städten, zuerst die Situation in Krems, sei kurz geschildert. Nachdem es hier schon 1848 für kurze Zeit (12. Mai bis 30. September 1848) das Wochenblatt „Der Unabhängige“ gegeben hatte, wurde im Jahre 1856 das „Kremser Wochenblatt“ gegründet, das jeden Samstag erschien. Es enthielt Tagesneuigkeiten, viele landwirtschaftliche Artikel, man konnte sich über die Viktualienpreise informieren, mit Annoncen Gegenstände feilbieten. Die Zeitung wurde im Laufe der Zeit liberal, gewann an Inhalt und änderte 1869 ihr Format. Die Redaktion wechselte, sie blieb aber „Organ der liberalen Partei in dem Viertel OMB“. Als Gegengewicht gründete im Jahr 1870 Pfarrer Josef Kinzl das „Krem-

²¹) Die Gründungsdaten der in den Städten wirkenden Gesangsvereine sind (Nach „Land der Chöre“, Dokumentation über den Österreichischen Sängerbund, Bd. 3, 1991): 1837 Musikverein St. Pölten (Neugründung 1859), 1843 Liedertafel (Männergesangsverein; künftig MGV) Waidhofen an der Ybbs, 1847 Tullner Gesangsverein, 1847 Tullner Gesangsverein, 1846 MGV Wiener Neustadt, 1848 Gesang- u. Musikverein Stockerau, 1850 MGV Retz, MGV Ybbs und 1850 Liedertafel (später Gesang- und Orchesterverein) Krems, 1855/64 MGV Mistelbach, 1856 MGV Horn (1884 mit Frauen und Schülern, 1884 Frauenchor und Laienbühne), 1858 MGV Klosterneuburg, 1860 Gloggnitzer Liedertafel (mit dem 1880 gegründeten Gloggnitzer Sängerbund 1938 zu MGV vereinigt) und Liedertafel Langenlois, 1861 MGV Traiskirchen, MGV Hainfeld, MGV „Einklang“ Hollabrunn und Melker Singverein, 1862 Amstettner Liedertafel (reiner Männerchor), MGV Bruck an der Leitha mit 25 Sängern, MGV Raabs, MGV Scheibbs, MGV Schwechat, MGV Traismauer und 1862 MGV Zwettl, 1867 MGV Waidhofen an der Thaya, 1868 Gesang-, Musik- und Theaterverein Groß-Siegharts, 1870 Gesang- und Musikverein Laa, 1884 MGV Gänserndorf, 1868 MGV Gmünd, 1873 MGV Schrems, 1876/92 MGV Marchegg, 1880 MGV Pöchlarn (1899 mit Frauenchor), 1881 MGV Litschau, 1883 MGV Weitra, 1892 Deutsche Liedertafel Gmünd (seit 1910 gem. Chor), 1899 Sängerbund „Die Josefstädter“ Wiener Neustadt, 1901 Gesang- und Orchesterverein Drosendorf. Für Baden siehe Alfred WILLANDER, Musikgeschichte von Baden, 1982; für St. Pölten, Karl GUTKAS, Die Kulturregion St. Pölten, in Walter Deutsch (Hg.), Volksmusik in Niederösterreich, Corpus Musicae Popularis Austriacae I, 1993.

²²) Johann GÜNTHER, Das nö. Pressewesen von 1848–1918 mit Ausnahme Wiens, Diss. Wien, 1973, zählt alle damals erschienenen Zeitungen der einzelnen Orte auf und beurteilt meist auch richtig die politischen Tendenzen, obwohl dies nicht immer leicht ist.

ser Volksblatt“, das im katholisch-konservativen Sinne schrieb, ab 1889 „Krems-er Zeitung“ hieß und im Verband der „Nö. Nachrichten“ noch immer besteht. Im Jahre 1882 wurde die „Österreichische Landzeitung“ gegründet, die vorgab, landwirtschaftliche und gewerbliche Interessen zu vertreten, in Wahrheit aber deutschnational war.

Die Situation in St. Pölten war ähnlich. Auch dort gab es seit 13. Mai 1848 eine Wochenzeitung mit dem Titel „Traisenblatt“, das aber nach einem Jahr am 24. März 1849 eingestellt werden mußte. Im Jahre 1861 begann der Buchdruckereibesitzer Franz Lorenz mit der Herausgabe des „St. Pöltner Boten“, eines weitgehend unpolitischen Nachrichtenblattes. Als dieses 1868 über Betreiben des Bischofs Joseph Feßler aufgekauft und im katholisch-konservativen Sinn verändert wurde (seit 1888 hieß es „St. Pöltner Zeitung“), ruhten die Liberalen nicht und gründeten im Jahre 1871 ein von einem „Verein der Verfassungsfreunde“ getragenes „St. Pöltner Wochenblatt“. Diese beiden Zeitungen bekämpften sich unter geänderten Titel („St. Pöltner Zeitung“ 1884 bzw. „St. Pöltner Deutsche Volkszeitung“ 1896) durch Jahrzehnte und paßten sich auch der jeweiligen innerparteilichen Struktur an. Die St. Pöltner Zeitung wurde das christlichsoziale Organ des Viertels ob dem Wienerwald, einige Zeit hindurch auch des Bauernvereins dieses Landesviertels, und besteht im Rahmen der „Nö. Nachrichten“ weiterhin. Das „Wochenblatt“ überlebte alle Parteigründungen des deutschliberalen Lagers bis 1930.

In Korneuburg gab der Buchdrucker Franz Kühkopf ab 1863 ein unpolitisches „Korneuburger Wochenblatt“ heraus, das er seit 1866 „Die Landpresse“ nannte und das bis 1897 bestand.

Komplizierter war die Situation in Wiener Neustadt, auch durch die Sozialstruktur dieser Stadt bedingt. Dort gab es 1860–67 den „Wiener Neustädter Anzeiger“ des Druckers Ferdinand Ullrich, daneben seit 1. April 1863 die „Wr. Neustädter Lokalzeitung“, 1867 „Der Unabhängige“, ab 1868 „Neostadia“ genannt. Ein Jahr später hieß sie „Halboffizielle“, „Gemeindeblatt“ und „Wiener Neustädter Bürgerzeitung“, um dann am 1. Juni 1872 zu verschwinden. Länger hielt sich die ab 1873 erscheinende „Wiener Neustädter Zeitung“ des „Vereins zur Wahrung bürgerlicher und gewerblicher Interessen“, seit 1917 „Christlich-deutscher Bürgerverein“ genannt. Daneben gab es seit 1871 aber nur bis 1874 die „Rundschau“ als Wochenblatt für Katholiken und von 1869–1882 das „Wiener Neustädter Wochenblatt“ des Vereins zur Wahrung der Volksrechte, später „Fortschrittverein“ genannt. Was die Situation in dieser Stadt aber anders machte, war die am 12. Jänner 1870 erstmals erscheinende „Gleichheit“ als „Socialpolitische Zeitschrift für das arbeitende Volk“; seit 1874 Organ der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich“ genannt. Sie gab es bis September 1877.

Die Herausgabe solcher Zeitungen war natürlich von den äußeren Bedingungen abhängig, wurde durch das Pressegesetz von 1862 erleichtert, das eine geringere Kautionshöhe als vorher festlegte und besonders durch das Vereinsgesetz von 1867 gefördert. Ab 1870 verdoppelte sich die Anzahl der lokalen Zeitungstitel in Niederösterreich, 1890 gab es 54, 1899 81, dann eröffnete die Aufhebung des Zeitungsstempels eine neue Gründungsphase, erreichte 1906 mit 94 den Höhepunkt und sank dann langsam, weil der Bedarf offenbar gedeckt war. Inhaltlich hielten sich die meisten weiterhin an den Liberalismus in seinen jeweiligen Hauptrichtungen oder an den politischen Katholizismus, der bereits allerorten in die Christlichsoziale Partei eingemündet war. Die regionalen Zeitungen waren natürlich stark von der Mitarbeit ehrenamtlicher Korrespondenten im Einzugsgebiet

abhängig. Die politisch orientierten Blätter hatten es leichter als die von Druckereien herausgegebenen unabhängigen Publikationen. Vielfach stellten sich Lehrer für diese Aufgabe zur Verfügung, obwohl es nicht immer ratsam war, sich als Korrespondent eines weltanschaulich gebundenen Blattes zu bekennen.

Diese Lokalblätter sind unterdessen zur wichtigsten Quelle für die Zustände in den kleinen Städten in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg geworden. Natürlich gilt dies auch für die von allen Bezirkshauptmannschaften herausgegebenen Amtsblätter, wenn diese auch nur amtliche Kundmachungen enthalten oder über Vorgänge im Bereich der öffentlichen Verwaltung informieren.

Die stärksten geistigen Veränderungen bewirkte aber der Ausbau des SCHULWESENS, wobei drei Komponenten eine Rolle spielten. Durch das Reichsvolksschulgesetz von 1869 wurden viele neue Schulen errichtet, in den meisten Städten mehrklassige Volksschulen, aber auch Bürgerschulen, in denen fachlich gegliederter Unterricht geboten wurde. Die folgenden Jahrzehnte waren die erste große Schulbauperiode in der Geschichte Niederösterreichs, jede Stadt, die auf sich hielt, baute mindestens eine neue Schule. Ein wesentlicher Faktor war auch die Errichtung von Mittelschulen in den Gemeinden, zuerst Unter-, später Obergymnasien oder Realschulen. Hier war der Niederösterreichische Landesausschuß im Jahre 1864 besonders aktiv und setzte die Errichtung von Anstalten in Krems, St. Pölten, Baden und Wiener Neustadt durch, die später zu Obergymnasien ausgebaut wurden. Die Sitzgemeinden wurden zur Beistellung der Gebäude und des Sachaufwandes verpflichtet, dem sich alle, wenn auch nicht immer freudig, unterwarfen, die Lehrkräfte stellte der Landesausschuß zur Verfügung. Seit 1872 war auch das alte Piaristengymnasium in Horn eine Landesanstalt, ebenso das Piaristengymnasium Krems, weil der Orden in beiden Anstalten nicht die benötigten geprüften Lehrer stellen konnte. Neben den privaten Gymnasien der Orden gab es nun auch mehrere staatliche Anstalten, in Hollabrunn seit 1870 und Wiener Neustadt seit 1871. Eine spezielle Rolle spielten die drei Städte Krems, Wiener Neustadt und St. Pölten, in denen Lehrerbildungsanstalten ausgebaut oder errichtet wurden. Im Jahre 1906 kam noch Hollabrunn dazu. In diesen Anstalten wurden mehrere tausend Lehrer ausgebildet, die für die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus der nächsten Jahrzehnte verantwortlich waren, aber selbst vielfach als Kulturträger in Dörfern, Märkten oder Städten wirkten. Sie und die Professoren der Gymnasien wurden weitgehend zur kulturellen Elite der kleinen Orte in diesen und den folgenden Jahrzehnten.

Man darf bei der Darstellung der Situation der franzisko-josephinischen Periode auch jene gesellschaftlichen Kräfte nicht vergessen, die oft entscheidende Initiativen setzten. Wer die Entwicklung der Zentralorte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begreifen will, muß sich der lokalen SPARKASSEN erinnern. Ob von Vereinen oder Gemeinden geschaffen, waren sie, zumal die Führungskräfte in den Gremien nicht selten mit den ehrgeizigsten Kommunalpolitikern identisch waren, nicht selten die echten Anreger neuer Vorhaben der Infrastruktur. Sie ermöglichten nicht nur den Bau von Schulen oder Amtsgebäuden, sondern auch von Kasernen, Krankenhäusern und Einrichtungen, zu denen die Kommunen wegen ihrer geringen Finanzkraft nicht fähig gewesen wären. Sie waren als Vereine wie in St. Pölten organisiert oder gehörten Gemeinden wie in Retz. Dort wurde am 1. Jänner 1860 die städtische Sparkasse eröffnet, nachdem der Beschluß dazu schon 1856 gefaßt worden war. Im Gründungsjahr betrug der Eigenlagenstand 148.875 fl., die Hypothekendarlehen 27.560 fl., die Reserven 1.779 Gulden. Bis 1870 stiegen die Einlagen auf 878.063 fl., der Stand der Hypotheken

betrug 583.600 fl., im Jahre 1913 konnte man auf Einlagen in der Höhe von 10,134.000 Kronen verweisen. Die Stadt Retz konnte mit Hilfe ihrer Sparkasse die Pflasterung und Kanalisierung durchführen, ein Bad und ein großes Zinshaus erbauen, ein Elektrizitätswerk errichten und das Stadtbild durch öffentliche Anlagen verschönern. Auch eine Volksbibliothek wurde geschaffen und das Museum gefördert. In St. Pölten wieder legte man das Schwergewicht auf die Errichtung und Erhaltung eines Stadtparkes sowie die Stiftung eines großen Waldes als Windschutzgürtel gegen das unangenehme Westwetter. Man kann ähnliche Initiativen auch in den anderen Orten, in denen es Sparkassen gab, feststellen²³⁾.

Die Veränderungen dieser Jahrzehnte kamen besonders im Stadtbild zum Ausdruck, denn es wurde viel gebaut. Besonders an neuen öffentlichen Bauten, an Schulgebäuden oder Amtshäusern bestand großer Bedarf. Aber auch die private BAUTÄTIGKEIT war beträchtlich. Hier erhebt sich nun die Frage, wie man mit der Vergangenheit umging. Vielfach entledigte man sich der Stadttore, weil sie Verkehrshindernisse darstellten. Wo sie stehen blieben, fehlte meist das Geld zum Abriß oder die Initiative für „Fortschritt“ Leichtfertig opferte man wertvolle Bauten und stellte gründerzeitliche historistische Gebäude an ihre Stelle, das Gefühl für Überkommenes fehlte meist, was bei den Regulierungsplänen besonders auffällt und bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts nachwirkt. Nicht selten galt später der Satz: Post und Sparkasse verschandeln die Orte; zur Bauzeit war man aber auf diese Gebäude stolz²⁴⁾. Das war aber nicht nur in der Öffentlichkeit so, sondern auch in kirchlichen Kreisen war die Regotisierung von Kirchen, wo man sich diese leisten konnte, üblich geworden. Nun wurden viele Einrichtungsgegenstände der Barockzeit ebenso beseitigt, wie man es im 17./18. Jahrhundert mit Objekten der Gotik getan hatte²⁵⁾. Werkstätten aus Oberösterreich und Tirol (Gröden) waren daran ebenso beteiligt wie Einheimische. Kirchliche Neubauten wurden erst nach der Jahrhundertwende zahlreicher.

Andererseits gab es doch in fast allen Orten Menschen, die sich der Vergangenheit erinnern, deren Zeugnisse bewahren wollten. Als in Wiener Neustadt im Jahre 1884 der große gotische Flügelaltar der Neuklosterkirche vom Abt des Stiftes Heiligenkreuz um 10.000 Gulden an den Wiener Dombauverein verkauft wurde, regte sich in der Stadt Widerstand, der zwar erfolglos blieb, schließlich aber noch

²³⁾ Einen Überblick gibt: 150 Jahre Sparkassen in Österreich, Hg. vom Hauptverband der österreichischen Sparkassen, Bd. 2 (Lexikon), 1970; Karl GUTKAS, Geschichte der Sparkasse in St. Pölten, in: 125 Jahre Sparkasse in der Stadt St. Pölten, 1979; J. URBAN, 100 Jahre Sparkasse der Stadt Zistersdorf, 1959.

²⁴⁾ Franz STOKREITER, Die Entwicklung der Stadtplanung in Niederösterreich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1938, Diss. TH. Wien, 1973; Die besten Übersichten vom Aussehen der Bauten dieser Jahrzehnte findet man in den Bildbandserien des Verlags NÖ Pressehaus, „Anno Dazumal“ um 1980 bzw. in den gleichartigen Büchern „... in alten Ansichten“ der Europäischen Bibliothek des holländischen Verlags Zaltbommel. Vgl. Karl GUTKAS, Fotografien als landeskundliche Quellen, Unsere Heimat 55, 1984, S. 146ff.

²⁵⁾ In der Neuauflage des Dehio-Handbuchs Niederösterreich nördlich der Donau, Wien 1990, sind auch die Bauten bzw. die Veränderungen des 19./20. Jahrhunderts berücksichtigt. Der Band NÖ-Süd ist in Bearbeitung. Siehe auch Wilhelm ZOTTI, Kirchliche Kunst in Niederösterreich, 2 Bde., St. Pölten 1983–86; Susanne KRONBICHLER-SKACHA, Die sakrale Kunst des Historismus in der Diözese St. Pölten, in: Katalog „200 Jahre Diözese St. Pölten“, Krems 1985.

im gleichen Jahr zur Gründung eines Altertumsvereines durch den Studenten Franz Staub führte. Dieser Verein konnte in der Folgezeit manche böse Zerstörung verhindern oder mildern (Portal des Zeughauses, Wappenwand an der St. Georgskirche, Grabdenkmäler im Dom, Spinnerin am Kreuz). In anderen Orten wurde auf diese Weise die Grundlage für ein Heimatmuseum geschaffen, indem man Gegenstände sammelte, die man für wertvoll und erhaltenswert hielt²⁶). Hier leistete der Verein für Landeskunde Pionierarbeit. Seine meist mehrtägigen Sommerversammlungen wurden aufwendig gestaltet und gebührend gewürdigt, gelegentlich kamen auch hohe staatliche Funktionäre zu einer derartigen Veranstaltung, wie im September 1865 Statthalter Gustav Ignaz Graf Chorinsky nach Krems²⁷). Es gab auch in fast jedem Ort einen mehr oder weniger profunden Kenner der Heimatgeschichte. In Retz war es der am 31. Oktober 1830 in Mistelbach geborene Josef Karl Puntschert (gest. 22. September 1907), der trotz seiner Verwicklungen in die Revolution 1848 Richter werden konnte und von 1862–96 als Sekretär der Stadt Retz und ab 1882 auch als Direktor der Sparkasse tätig war. Er ordnete das städtische Archiv und veröffentlichte 1870 mit den „Denkwürdigkeiten der Stadt Retz“ eine Heimatgeschichte, die 1894 in zweiter Auflage erscheinen konnte. Er gründete dort auch eine Ortsgruppe des Vereines für Landeskunde und wurde dessen Ehrenmitglied. Der Verein hielt 1872 auch seine Sommerversammlung in Retz ab. In dieser Stadt gab es eine „Antikenkammer“, seit der Ratsprotokollist Johann Baptist Geißler (geb. 1784 in Brünn, gest. 22. Mai 1844 in Retz) 1883 die städtische Rüstkammer im Rathausturm neu geordnet, alle Altertümer zusammengetragen und damit eines der ersten Heimatmuseen des Landes geschaffen hatte²⁸). In ähnlicher Weise sammelte und verzeichnete man auch schon seit 1824 den Besitz an historischen Objekten in Wiener Neustadt, die dann 1905 in einem Stadtmuseum ausgestellt wurden. Das Gründungsjahr des Museums Krems ist 1891, in St. Pölten begann man 1879 mit der Sammlung von Objekten, die man erst 1908 öffentlich zugänglich machen konnte. Um die Jahrhundertwende wurden mehrere lokale Museen eröffnet, die größte Anerkennung erlebte das Krahuletzmuseum in Eggenburg, das zwei Jahre nach seiner Aufstellung in einem neuen Gebäude von Kaiser Franz Joseph offiziell besucht wurde²⁹). Eine solche Ehre wurde außer dem Museum Carnuntinum in Deutsch Altenburg keinem andern Lokalmuseum des Landes zuteil. Hoher Besuch war in diesen Jahrzehnten wesentlich seltener als im 20. Jahrhundert, kam aber doch immer wieder vor. Kaiser Franz Joseph ist relativ viel

²⁶) Die Gründungsdaten der Museen findet man übersichtlich bei Maria DAWID, Erich EGG, *Der österreichische Museumsführer*, 4. Aufl. 1994, für NÖ Gertrud HUEMER, *Niederösterreichs Heimatmuseen*, 1982 sowie Olaf BOCKHORN-Hermann STEININGER, *Museen und Sammlungen in Niederösterreich*, I. Viertel unter dem Wienerwald, 1981, II. Viertel unter dem Manhartsberg, 2. Auflage, 1984.

²⁷) Karl LECHNER, *100 Jahre „Verein für Landeskunde von Niederösterreich und Wien“* im Rahmen der wissenschaftlich-landeskundlichen Bestrebungen seit Ende des 18. Jahrhunderts, Wien 1964, S. 85, Anm. 63.

²⁸) Rudolf RESCH, *Retzer Heimatbuch*, Bd. 2 (Hg. Anton Resch) 1951.

²⁹) Burghard GASPAR, *Die Gründung der Krahuletz-Gesellschaft im Jahre 1900. Ein Beispiel des erwachenden Kulturbewußtseins des Bürgertums im ausgehenden 19. Jahrhundert*, in: *Das Waldviertel* 40. (51.) Jg., 1991, S. 35ff., ebenso Hannes STEKL (Hg.), *Kleinstadtbürgertum in Niederösterreich*, Horn, Eggenburg, Retz um 1900, *Forschungen für Landeskunde NÖ* 27, Wien 1994.

gereist und kannte die meisten größeren Orte des Kronlandes aus eigener Anschauung. In St. Pölten war er dreimal, 1854, 1895 und 1910. Von jedem dieser Besuche ist das Schreibzeug, das er zur Eintragung in das Ehrenbuch der Schützengesellschaft benutzte, von dieser erhalten worden und zeigt den Stilwandel dieser Jahrzehnte: Am 28. Juni 1853 war es ein Federkiel, am 5. Oktober 1895 eine relativ einfache Schreibfeder, am 21. Juni 1910 ein mit Motiven des Jugendstils gestalteter Federstil³⁰). Das Zeremoniell eines solch hohen Besuches bestand in der Regel nach der Ankunft am Bahnhof und der Vorstellung der lokalen Würdenträger aus einer Fahrt im offenen Pferdewagen zum Festplatz, wo man ein Zelt aufgestellt hatte und die Huldigung der Bevölkerung stattfand. Im Reigen der Besichtigungen wurden neben der Schießstätte auch wichtige neue Bauwerke oder Anlagen besucht. So stand in St. Pölten 1854 die neu erbaute Militärunterrealschule auf dem Programm, 1895 war der Neubau des Krankenhauses der Anlaß, 1910 besichtigte der Kaiser das regulierte Traisenufer. Kaiser Franz Joseph besuchte auch mehrmals Wiener Neustadt. Schon am 3. August 1862 hatte er dort die Enthüllung des Maria-Theresien-Denkmales im Park der Militärakademie vorgenommen, kam dann am 28. November 1899 zur feierlichen Schlußsteinlegung der erneuerten Domtürme und im September 1910 zum 3. Preisfliegen auf das Flugfeld³¹). Die Stadt Wiener Neustadt hat auch wie keine andere des Kaisers gedacht und mehrere Einrichtungen nach ihm benannt: Zum 40jährigen Regierungsjubiläum 1888 einen Schulbau am Baumkirchnerring, zum 50jährigen Regierungsjubiläum das Truppenspital und die Kavalleriekaserne, 1900 einen Park. Am 11. Oktober 1908 enthüllte man ein mächtiges Standbild, dessen Entwürfe und Sockel der Wiener Architekt Karl Badstieber gestaltet hatte, die überlebensgroße Statue und die Reliefs auf dem Sockel stammten von Bildhauer Josef Tuch. Die Kaiserjubiläen 1898 und 1908 wurden des öfteren zum Anlaß genommen, neue städtische Anlagen zu bauen und zu eröffnen: Schulen, Kindergärten, Bäder, Elektrizitätswerke, Bezirkswaisenhäuser, Altersheime. Im Jahre 1898 war von seiten der Regierung die offizielle Aufforderung ergangen, das Regierungsjubiläum des Kaisers durch ein größeres öffentliches Bauwerk zu würdigen. Dadurch wurden beträchtliche Initiativen angeregt, die sich 1908 wiederholten und mancher Stadt Gebäude bescherten, die heute noch zu den bedeutendsten zählen. Kaiserbesuche waren aber doch relativ selten, des öfteren kamen Erzherzoge, in Retz 1888 Kronprinz Rudolf und Erzherzog Albrecht, 1891 Albrecht, Franz Ferdinand und Eugen, 1896 Leopold Ferdinand, alle in Zusammenhang mit militärischen Veranstaltungen und wurden entsprechend begrüßt. Besonders Erzherzog Rainer war allerorten bei den Schützen beliebt. Zu besonderen Anlässen konnte man auch den Statthalter, gelegentlich einen Minister willkommen heißen. Die Ausgestaltung des wirtschaftlichen Lebens und die vermehrte Güterproduktion seit der Mitte des 19. Jahrhunderts machte auch eine bessere VERKEHRSTRUKTUR mit größeren Transportleistungen erforderlich. Wirklichen Fortschritt

³⁰) Der Ablauf eines Kaiserbesuches ist beschrieben im Ausstellungskatalog „Österreich im Schicksalsjahr 1914“, Pottenbrunn 1984 S. 20ff.; Die Kaiserbesuche (mit den erhaltenen Bildern) sind zu ersehen bei Hans PAUER, Kaiser Franz Joseph I. Beiträge zur Bilddokumentation seines Lebens, Wien 1966.

³¹) Die Besuche von Kaiser Franz Joseph in Wiener Neustadt behandelt am besten Gertrude BUTTLAR-GERHARTL, Wiener Neustadt, Geschichte, Kunst, Kultur, Wirtschaft, 2. Aufl. 1993.

brachten, wenn man von den Dampfschiffen auf der Donau absieht, nur die Eisenbahnen³²⁾. An einer Bahnlinie, vor allem einer wichtigen Hauptstrecke, zu liegen, sollte also das Bemühen der Gemeindeverwaltungen sein. Manche dachten auch modern und legten den Bahnhof nahe an den Rand des verbauten Gebietes, in anderen überwogen hingegen die Interessen lokaler Gewerbeinhaber. So wurde etwa die 1869/70 eröffnete Franz-Josef-Bahn nördlich der Donau ein Musterbeispiel, wie man zentrale Orte meiden kann. An Horn, Waidhofen an der Thaya und Zwettl führte sie in Respektabstand vorbei, auch in Gmünd, damals noch keine Bezirksstadt, war der Bahnhof drei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, sodaß man 1909 die erste elektrisch betriebene O-Bus-Linie dorthin bauen mußte. Von Allentsteig war jeder Bahnhof acht Kilometer entfernt, bis man 1885 eine Haltestelle und 1892 einen Bahnhof erreichte. Von den Eisenbahnen profitierten manche Städte wie Wiener Neustadt oder St. Pölten, besonders aber Amstetten, das dadurch erst die Voraussetzungen für die Stadtentwicklung erhielt. Im Jahre 1900 waren dort 450 Personen bei der Eisenbahn beschäftigt, 1923 lebten 2.373 von ihr und deren Werkstätte. Auch für Gmünd war die (1920 an die CSR abgetretene) 1887 erbaute Zentralwerkstätte von großer Bedeutung. In manchen Orten war die Eisenbahn Voraussetzung für die Ansiedlung von Betrieben. Die Bahn wurde aber auch nur von einem Teil der Bevölkerung begrüßt – dagegen waren Fuhrleute, Besitzer von Einkehrghasthöfen und Kaufleute – obwohl sie Reisen ungemein erleichterte. Zum Vergleich seien einige Zeitangaben geboten: Für die Strecke Retz-Wien benötigte man 1830 18 Stunden mit dem Stellwagen, um 1845 nach dem Bahnbau von Wien bis Stockerau 10 Stunden, 1873 mit dem Schnellzug zwei Stunden. Manche Orte wünschten auch eine Zweigbahn, etwa Drosendorf eine normalspurige Landesbahn, die 1908–1910 erbaut wurde, wobei die interessierten Anliegergemeinden Aktien kaufen mußten. Der Betrieb dieser Bahn wurde 1922 von der BBÖ gepachtet, erst 1935 wurde die Linie verstaatlicht. Anderen Städten brachte die Bahn verbesserte Möglichkeiten für den Fremdenverkehr, etwa Dürnstein die 1909 eröffnete Donau-Uferbahn.

Automobile waren in diesen Jahrzehnten eher ein Kuriosum, nach der Jahrhundertwende tauchten in den größeren Orten gelegentlich die ersten Fahrzeuge auf, die meist exaltierten Industriellen oder Adelligen gehörten. Produziert wurden solche Autos in verschiedenen Orten der Monarchie, in NÖ gab es seit 1899 die Österreichische Daimler Motoren Gesellschaft in Wiener Neustadt, die einen rasanten Aufschwung nahm und im Jahre 1910 im Betrieb 7.000 Arbeiter und 800 Beamte beschäftigte. Der „Austro-Daimler“ wurde zum Begriff, der 1907 konstruierte „Maja-Wagen“ war ein Auto mit reinem Verbrennungsmotor. Bekannt wurden er und der Betrieb durch den Prinz-Heinrich-Wagen, doch entwickelte man auch Flugmotore für die 1909 gegründete Flugzeugfabrik.

Die WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG behielten in den Bezirksorten lange Zeit die angestammten Familien, Gastwirte, Fleischhauer, Bäcker, dann solche Gewerbe,

³²⁾ Über kommunale Einrichtungen und öffentliche Bauten unterrichtet am besten das Österreichische Städtebuch Bd. 4, Niederösterreich, 3 Teile, Wien 1976–88. Mit den dortigen Angaben sind auch Vergleiche der Entwicklung der einzelnen Zentralorte herzustellen; für Wiener Neustadt liegt jetzt eine umfangreiche Dissertation vor: Gerhard STICKLER, Entstehen und Entwicklung der kommunalen Betriebe der Stadt Wiener Neustadt in der Zeit von 1890 bis 1938, Wien 1994.

die für den längeren Bedarf arbeiteten. Die Jahr- und Wochenmärkte wurden immer problematischer, in manchen Orten verzichtete man darauf, das Geschäftsleben verlagerte sich in „Gewölbe“, wo sie meist noch in Verbindung mit Erzeugungsbetrieben standen. An die Seite der Produzenten und Händler traten allmählich Dienstleistungsgewerbe bescheidenen Umfanges. Für das Wirtschaftsleben waren aber auch die nunmehr Allgemeingut gewordenen Nachrichtenverbindungen unerlässlich, der Ausbau des Postwesens, Telegraph und schließlich das Telefon. Ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor wurde das Baugewerbe. Die Offiziere und Beamten der neuen Behörden stellten auch höhere Wohnansprüche, deshalb wurde auf diesem Sektor viel gebaut. In Tulln errichtete man einen Bauverein, dem man die Häuser an der St. Pöltner Straße verdankte. In St. Pölten hingegen, wo die Industrialisierung bedeutender war, wurde 1898 ein „Verein zur Erbauung billiger Wohnungen“ gegründet, dem die Errichtung mehrerer großer Baublöcke für die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte sowie der Firmen Voith und Glanzstoff übertragen wurde. Die Bautätigkeit erforderte in der Regel einen gewaltigen Personalaufwand, die meisten Projekte wurden rasch durchgezogen. Dies war deshalb möglich, weil die Installationen bescheiden waren und selbst höherwertige Bauten nur über eine geringfügige Ausstattung verfügten. Als sich 1914 die aus Schwaben stammenden Eigentümer der Voithwerke in St. Pölten ihre neue Villa mit mehreren Badezimmern und Wasserklosetts ausstatten ließen, wurde dies als sensationeller als Bibliothek, Teesalon und parkähnlicher Garten empfunden. Die Mietwohnungen der Fabrikssiedlungen wurden zum größten Teil als Zimmer-Küche Wohnungen, nur wenige mit einem zusätzlichen Kabinett oder zweitem Zimmer geplant. Größer waren die bürgerlichen Villen, die meist an neuangelegten Straßenzügen entstanden.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand auch in den größeren Orten ein steigender Bedarf an Einrichtungen der HYGIENE, von öffentlichen Badeanlagen, des Gesundheitswesens, wozu man nicht nur Ärzte rechnen darf, sondern auch die Wasserversorgung und die Entsorgung zählen muß. In den wachsenden Orten war auch die Anlage von neuen Friedhöfen erforderlich geworden, das Sicherheitsbedürfnis spielte eine nicht unerhebliche Rolle und äußerte sich im raschen Aufschwung der Feuerwehren, die damals auch das erst langsam sich entwickelnde Rettungswesen übernahmen.

Beispiel einer städtischen Problematik war die Verbesserung der Umwelt und der Lebensbedingungen. Die Städte litten in der Regel unter einer gewaltigen Staubplage, denn nur die Hauptstraßen waren gepflastert und wurden durch Tiere, Pferde und Ochsen vor allem, stets stark verunreinigt. Beseitigung des Abfalles war ein Gebot der Stunde, obwohl der Müll wegen bescheidener Verpackungsmethoden noch gering war. Durch den niederen Lebensstandard, der etwa Kleider mehrfach verwerten ließ, selbst Altpapier zur Mangelware machte und durch die Ofenheizung wurde vieles entsorgt, das Hauptproblem war die Asche des Hausbrandes und der Küchen. Denn Gasversorgung gab es nur in wenigen Orten. Die staubarme Abfuhr des Mülls gelang selten. Die schlechten Verhältnisse und die Nutztierhaltung verursachten auch Probleme mit der Versorgung von TRINKWASSER, wo man um die Jahrhundertmitte durchwegs auf Hausbrunnen angewiesen war. Die Errichtung von zentralen Wasserleitungen war selten, meist konnte man anfangs nur einige Stadtteile versorgen wie Krems mit der 1858 errichteten Wasserleitung aus dem Alauntal oder öffentliche Brunnen dotieren wie Mödling 1864, Retz 1885, Scheibbs 1898 oder Maissau 1908. Die Stadt Baden konnte sich 1873 an die mit einem Aquädukt durch das Stadtgebiet führende Erste Wiener Hoch-

quellenleitung anschließen, baute aber 1901–03 eine stadteigene Wasserleitung. Auch die Versuche mehrerer Städte, an der Zweiten Wiener Hochquellenleitung teilhaben zu können, scheiterten meist. Mehr Bedeutung legte man der Wasserversorgung nach 1900 bei. So baute Gloggnitz seit 1900 eine Hochquellenleitung mit Hochbehälter, in Mödling wurde die Kaiser Franz-Joseph-Wasserleitung aus Moosbrunn 1904 fertig, in Bruck, Dürnstein und Eggenburg war der Wasserleitungsbau 1907 vollendet, Gmünd und Langenlois nahmen sie 1908, Hollabrunn 1913/14 in Betrieb. Orte mit älteren Anlagen mußten diese erweitern, etwa Haag die 1880 gebaute 1901, Horn seine von 1882 im Jahre 1904, Laa die von 1885/86 im Jahre 1909. Die imposanteste Anlage erbaute die Stadt Wiener Neustadt. 1909 wurde eine Tiefquellenleitung errichtet, 1910 der 50 m hohe Wasserturm erbaut, der unterdessen zu einem Wahrzeichen der Stadt geworden ist. In St. Pölten hingegen konnte der Plan einer eigenen Hochquellenleitung aus dem Halbachtal vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr verwirklicht werden, die städtische Wasserleitung entstand erst 1927.

Gleichzeitig bemühten sich mehrere Städte um die Erstellung eines Kanalnetzes, wobei manchmal natürliche Gerinne mitbenutzt wurden wie in Amstetten der Edlabach, der mit Steinplatten überdeckt wurde. Doch mußte man 1894 mit dem Bau eines neuen Kanalsystems beginnen, in das auch Unratskanäle der Häuser eingeleitet werden konnten.

Öffentliche Einrichtungen waren die BÄDER, wobei man die für den Kurbetrieb ausgestalteten Anlagen in Baden oder Bad Vöslau nicht berücksichtigen kann. Aber auch dort gab es bereits seit 1847 ein öffentlich zugängliches Mineralschwimmbad. Nachdem in den größeren Orten Schwimmbäder nach 1870 durchaus zum Standard gehörten, bemühten sich kleinere, zu besonderen Anlässen nachzuziehen. So errichtete man in Eggenburg 1898 ein Kaiser Jubiläums-Bad. Wichtiger waren die öffentlichen Warmbäder, die bei den bescheidenen Wohnverhältnissen erforderlich waren und nun 1882 in Wiener Neustadt (Städtisches Volksbad), 1886 in St. Pölten, 1895 in Waidhofen an der Ybbs, 1898 in Schwechat errichtet wurden.

In den Sanitärbereich gehört auch die Niederlassung von ÄRZTEN – seit 1870 wurden nur mehr an Universitäten ausgebildete Mediziner zugelassen – und die seit 1856 begünstigte Errichtung von allgemein öffentlichen KRANKENHÄUSERN. 1856 St. Pölten, Wiener Neustadt und Krems, 1857 Korneuburg und Waidhofen an der Ybbs, 1864 Waidhofen an der Thaya, 1873 Stockerau, 1875 Melk, 1882 Mödling, 1885 Baden, 1891 Horn, 1896 Neunkirchen, 1902 Amstetten, 1911 Scheibbs sind die Gründungsdaten der Krankenhäuser in den Städten des Landes. Manche ältere erhielten auch Neubauten, etwa Krems 1872, Wiener Neustadt 1889, St. Pölten 1895. Damit war die Verbindung mit den Siechenhäusern und Bürger Spitälern beendet, die Versorgung älterer Menschen wurde schließlich gegen Ende des Jahrhunderts vom Landesausschuß übernommen und in jedem Gerichtsbezirk ein „Armenhaus“ erbaut oder eingerichtet.

Die STRAßENBELEUCHTUNG befand sich ebenfalls erst in den Anfängen, allenfalls eine Beleuchtung mit Öllampen war in der Biedermeierzeit vorhanden. Als um 1860 die ersten Gaswerke erbaut wurden, wurde die Beleuchtung der Wohnungen und der Straßen als großer Fortschritt angesehen. Die erste elektrische Beleuchtung wurde in Scheibbs 1886 eingeführt, bald bauten auch andere Gemeinden E-Werke und versorgten auch das Umland. Voraussetzung war die Nutzung der Wasserkraft früherer Mühlen oder Hammerwerke, langer Transport von elektrischer Energie war nicht möglich, überregionale Versorgung fehlte völlig.

Es gab in diesen Jahrzehnten keine Einrichtung, die so auf gemeinschaftliche Kooperation vieler Bewohner angewiesen war wie die FEUERWEHR. Seit 1860 in Krems die erste Turnerfeuerwehr Niederösterreichs gegründet worden war, entstanden alljährlich solche Vereine in größeren Orten, von denen manche ebenfalls an den Turnverein gebunden, bald aber als eigenständige Organisation auftraten. Nach wenigen Jahren konnten regionale Verbände geschaffen und dank des idealistischen Einsatzes einiger Funktionäre eine schlagkräftige Organisation für alle Arten von Unglücksfällen oder Hilfeleistungen aufgebaut werden. Manche Feuerwehren gründeten noch vor der Jahrhundertwende auch Rettungsabteilungen³³). Natürlich waren diese Veränderungen und die Ausbildung von Zentralitäten auch mit WACHSTUM verbunden, wobei sich die Gemeinden flächenmäßig wenig änderten, da es zwischen 1850 und 1914 kaum Eingemeindungen gab. Bei einigen Orten war die Zunahme an Bevölkerung beträchtlich, etwa in Wiener Neustadt, das 1857 13.663, 1869 nach der Ausgliederung von Felixdorf 18.274 und 1910 32.874 Bewohner zählte, auch in St. Pölten, dessen Einwohnerzahl von 4.540 im Jahre 1857 auf 21.805 im Jahre 1910 anstieg, während Krems von 5.745 auf 14.384 Einwohner wuchs. Baden hatte 1857 5.153 und 1910 14.081 Einwohner, Klosterneuburg 1857, 4.657 und 1910 14.787, Horn hatte 1857 1.604 Einwohner, 1910 hingegen 3.077, Waidhofen an der Thaya 1857 1658, im Jahre 1910 2.675, Bruck an der Leitha 1857 3.058, 1910 5.900 und Tulln 1857 2.012, 1910 4.308 Bewohner. Das bedeutet, daß Zentralörtlichkeit allein wohl auch ein wesentlicher Wachstumsfaktor war und in diesen sechs Jahrzehnten meist zur Verdoppelung der Bevölkerung führte, daß aber günstige Verkehrslage, Nähe des Ballungszentrums Wien oder Industrialisierung einen wesentlich größeren Wachstumssprung zur Folge hatten³⁴).

Ich habe anzudeuten versucht, welche Veränderungen sich in den Jahrzehnten des ausgehenden 19. Jahrhunderts und in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in fast allen kleineren Städten des Landes vollzogen und wie sich die Bevölkerung und die Verwaltung an die Erfordernisse einer neuen Zeit anzupassen versuchten. Die damals lebenden Bewohner der Städte waren meist auch stolz auf diese Fortschritte, wenn auch vieles den späteren Generationen nicht gefiel. Als Beispiel sei Propst Anton Kerschbaumer zitiert, der 1885 in seiner Geschichte der Stadt Krems meinte:

Wer die Stadt Krems beiläufig zwanzig Jahre nicht gesehen, wird sich nicht genug über die Veränderungen verwundern können, welche darin stattgefunden haben. Um nur einiges anzuführen, so wurde die ganze Stadt kanalisiert und gepflastert, die Gasbeleuchtung eingeführt, die Wasserleitung in die verschiedenen Stadtteile gebaut, der Pfarrplatz abgegraben und reguliert, durch Demolierung der drei baufälligen Stadttore, fünf Häuser und drei Schuppen die Passage

³³) Joachim RÖSSL, Günter SCHNEIDER, Hans SCHNEIDER, Peter ZAWREL, Das Große NÖ Feuerwehrbuch, 1988; Günter SCHNEIDER, Die Entwicklung des nÖ Feuerwehrwesens bis 1870 und die Einflüsse aus Deutschland, Dipl.Arbeit Univ. Wien, 1991.

³⁴) Für die Gemeindegrößen und die Einwohnerzahlen nach der Bildung der Ortsgemeinden ist am übersichtlichsten die Beilage Nr. 1 zum I. Stück der zweiten Abteilung des Landes-Regierungsblattes 1855. Die Beilage Nr. 2 bringt ein alphabetisches Verzeichnis sämtlicher Orte des Kronlandes Niederösterreich mit Zuordnung zu Gemeinden, Pfarren, Bezirksämtern, Postzustellungsbezirken, Fläche (nach Jochen) und Einwohnerzahl. Die Einwohnerzahlen im Jahre 1910 kann man nach den Angaben im österreichischen Städtebuch Bd. 4 vergleichen.

erweitert, die Anlage der neu entstandenen Straßen mit geschmackvollen Alleen verschönert ..., eine Volks- und Oberrealschule von Grund auf neu erbaut, ein Kindergarten und eine Turnhalle errichtet ...

Kerschbaumer sah also in erster Linie den materiellen Fortschritt, selbst als Geistlicher fand er die geistigen Probleme der Zeit gar nicht erwähnenswert. Darin lag vielleicht auch die wahre Problematik dieser Jahrhunderthälfte und damit die der Geschichte der Städte Niederösterreichs in dieser Epoche.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich](#)

Jahr/Year: 1994-1995

Band/Volume: [60-61](#)

Autor(en)/Author(s): Gutkas Karl

Artikel/Article: [Die Städte Niederösterreichs im 19. Jahrhundert 43-64](#)